

Boss, Alfred; Dovern, Jonas; Meier, Carsten-Patrick; Oskamp, Frank; Scheide, Joachim

Book Part — Published Version

Konjunktureller Höhepunkt in Deutschland wird überschritten

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred; Dovern, Jonas; Meier, Carsten-Patrick; Oskamp, Frank; Scheide, Joachim (2006) : Konjunktureller Höhepunkt in Deutschland wird überschritten, In: Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Herbst 2006, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel, pp. 36-56

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3893>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konjunktureller Höhepunkt in Deutschland wird überschritten

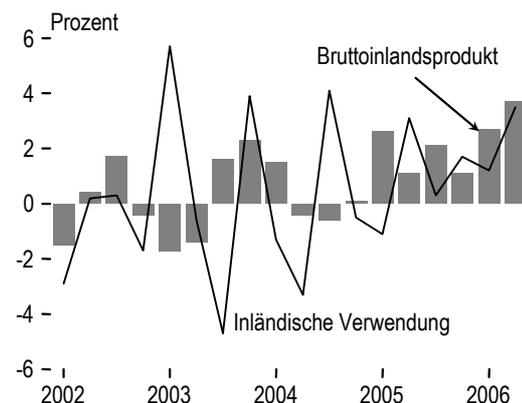
Alfred Boss, Jonas Dovern, Carsten-Patrick Meier, Frank Oskamp und Joachim Scheide

Zusammenfassung:

Die konjunkturelle Expansion in Deutschland hat in der ersten Hälfte dieses Jahres ein so hohes Tempo erreicht wie seit sechs Jahren nicht mehr. Allerdings dürfte im dritten Quartal der Höhepunkt des gegenwärtigen Zyklus erreicht sein. Wir erhöhen unsere Prognose für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2006 von 2,1 auf 2,4 Prozent, verringern aber die für 2007 von 1,2 auf 1,0 Prozent. Im kommenden Jahr wird die Konjunktur durch die Mehrwertsteuererhöhung sowie durch höhere Zinsen und eine schwächere Weltkonjunktur gedämpft. Die Verlangsamung könnte geringer ausfallen, wenn die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung stärker gesenkt würden als bisher geplant; die Finanzlage der Bundesagentur für Arbeit gestattet eine Senkung um einen weiteren vollen Prozentpunkt.

Die konjunkturelle Expansion in Deutschland hat in der ersten Hälfte dieses Jahres ein so hohes Tempo erreicht wie seit sechs Jahren nicht mehr. Mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,5 Prozent (laufende Jahresrate) gegenüber dem zweiten Halbjahr 2005 wurde die Wachstumsrate des Produktionspotentials deutlich übertroffen. Dabei hat sich der Aufschwung weiter verbreitert, denn seit reichlich einem Jahr nimmt auch die Inlandsnachfrage kräftig zu (Abbildung 1). Ihr Wachstumsbeitrag war sogar doppelt so groß wie der des Außenbeitrags, der in den Jahren zuvor die wesentliche Stütze der Konjunktur gewesen war. Im zweiten Quartal dieses Jahres hat sich der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion nochmals beschleunigt (laufende Jahresrate: 3,7 Prozent); dies ist allerdings auch auf den kräftigen Nachholeffekt bei den Bauinvestitionen zurückzuführen, die im Vorquartal witterungsbedingt stark gesunken waren. Treibende Kraft des Aufschwungs sind die Ausrüstungsinvestitionen; bei weiterhin günstigen Absatzaussichten und anhaltend hohen Gewinnen nahmen sie mit einer zweistelligen Rate zu. Die Konsumschwäche ist dagegen nicht überwunden, die Ausgaben der privaten Haushalte sanken im zweiten Quartal sogar leicht. Zwar sind

Abbildung 1:
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung^a 2002–2006



^aReal, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3 (Itd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Konjunktureller Höhepunkt in Deutschland wird überschritten

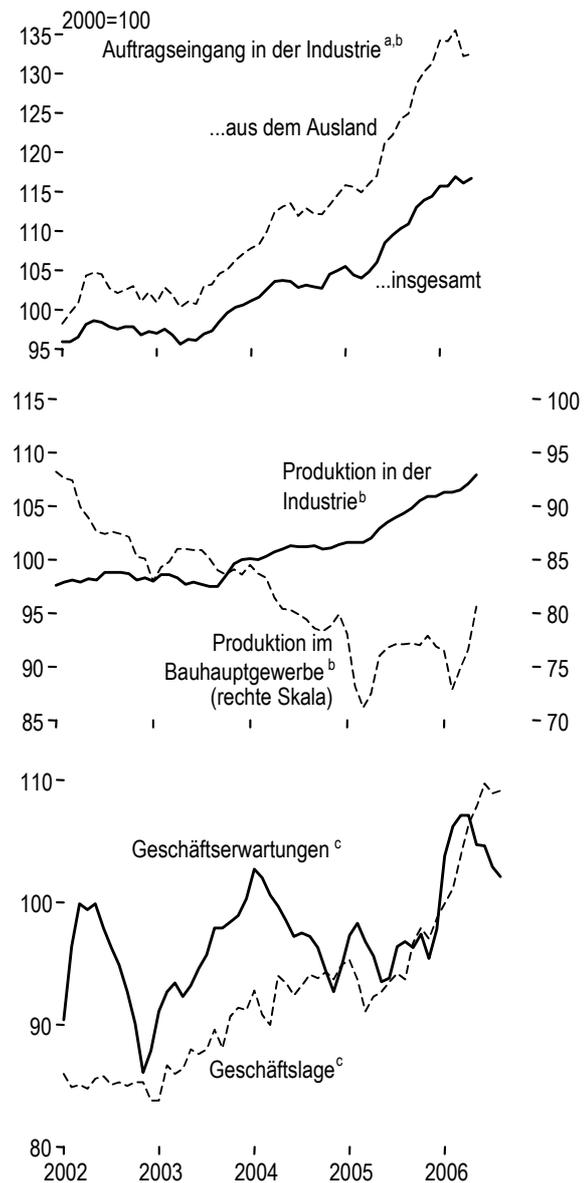
die Verbraucher nicht zuletzt wegen der besseren Lage auf dem Arbeitsmarkt etwas zuversichtlicher geworden, doch wurden die Realeinkommen durch den abermaligen kräftigen Anstieg der Energiepreise gedrückt. Aus dem Ausland kamen im zweiten Quartal nur geringe Impulse. Der Anstieg der Exporte, der erfahrungsgemäß sehr stark schwankt, hat sich gegenüber dem Vorquartal spürbar verlangsamt. Die Inflationsrate verharrte bis zuletzt in der Nähe von 2 Prozent; ohne die Preise für Energie betrug die Rate in den Sommermonaten lediglich etwas mehr als 1 Prozent. Das Budgetdefizit des Staates bildete sich überwiegend konjunkturbedingt zurück; im ersten Halbjahr belief sich die Defizitquote auf 2,5 Prozent.

Infolge des kräftigen Aufschwungs hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verbessert. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat gegenüber dem Tiefpunkt, der zu Beginn dieses Jahres erreicht worden war,¹ um rund 140 000 zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ging erheblich zurück; im Juli betrug die Arbeitslosenquote 10,6 Prozent, nach 11,4 Prozent zu Beginn dieses Jahres.

Die Frühindikatoren deuten darauf hin, dass der Produktionsanstieg im dritten Quartal ähnlich kraftvoll ausfallen wird wie im zweiten. Zwar waren die Produktion und die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe im Juni leicht rückläufig (Abbildung 2). Dies dürfte aber darauf zurückzuführen sein, dass in diesem Jahr mehr Arbeitnehmer als sonst bereits im Juni Urlaub genommen hatten; die Schulferien im bevölkerungsreichen Bundesland Nordrhein-Westfalen begannen außergewöhnlich früh. Die Geschäftslageeinschätzung der Unternehmen, die relativ zuverlässig Auskunft über den Produktionsanstieg im laufenden Quartal gibt, hat sich jedenfalls bis zum Juli verbessert und verharrte im August auf dem hohen Niveau. Ferner scheint in der Bauwirtschaft der Aufwärtstrend ungebrochen zu sein; urteilt man nach den Auftragseingängen und den Bauges-

nehmungen, so dürfte vor allem im Nichtwohnungsbau die Produktion im dritten Quartal weiter gestiegen sein.

Abbildung 2:
Konjunkturindikatoren 2002–2006



^aReal. — ^bGleitender Dreimonatsdurchschnitt. — ^cGewerbliche Wirtschaft.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (Ifd. Jgg.); ifo (Ifd. Jgg.); eigene Berechnungen.

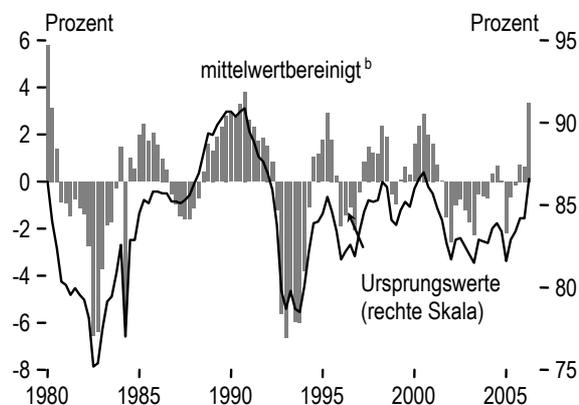
¹ Wegen der großen Unsicherheit bei der Schätzung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist es schwierig, den Wendepunkt genau festzulegen. Nach dem jetzigen Datenstand liegt der Wendepunkt etwa ein halbes Jahr zurück.

Am Höhepunkt des Zyklus

Nach der kräftigen Beschleunigung in der ersten Hälfte dieses Jahres dürfte die Konjunktur sich mittlerweile in der Nähe ihres zyklischen Höhepunktes befinden. Die Produktionskapazitäten im verarbeitenden Gewerbe waren Umfragen zufolge im zweiten Quartal fast so stark ausgelastet wie im Boom des Jahres 2000 (Abbildung 3). Bereinigt man die Umfragedaten um Veränderungen ihrer langjährigen Mittelwerte, die als Maß für die Normalauslastung gelten können,² so zeigt sich überdies, dass die Abweichung von der Normalauslastung im zweiten Quartal 2006 mit 3,4 Prozent nahe an die Abweichungen während früherer konjunktureller Hochpunkte herankam bzw. diese bereits überstieg. Der gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastungsgrad war im zweiten Quartal – auch wegen der Unregelmäßigkeiten bei den Schulferien – noch nicht außergewöhnlich hoch. Im dritten Quartal dürfte er allerdings bereits die vergleichsweise geringen zyklischen Höhepunkte der Jahre 1995 und 1998 übertroffen haben, und der obere Rand des 95-Prozent-Konfidenzintervalls reicht am aktuellen Rand sogar annähernd an die Auslastung während des außergewöhnlichen Booms um die Jahrtausendwende heran (Abbildung 4). Anders als heute war damals die Konjunktur nicht nur durch eine hohe Dynamik der Weltwirtschaft stimuliert worden, sondern auch durch eine kräftige Abwertung des Euro und sehr hohe Bewertungen am Aktienmarkt. Auch im gegenwärtigen Aufschwung hat sich der Preisauftrieb beschleunigt, und die kurzfristigen Zinsen sind spürbar gestiegen. Vor allem aber haben sich die Geschäftserwartungen, die normalerweise einen Vorlauf von ein bis zwei Quartalen vor der Kapazitätsauslastung aufweisen, seit April stetig verschlechtert. Dies spricht dafür, dass der konjunkturelle Höhepunkt – definiert als höchster Stand der Kapazitätsauslastung – gegenwärtig erreicht ist.

² Die Bereinigung wird mithilfe eines Hodrick-Prescott-Filters durchgeführt. Es zeigt sich, dass der Mittelwert für die Kapazitätsauslastung im Zeitablauf gesunken ist.

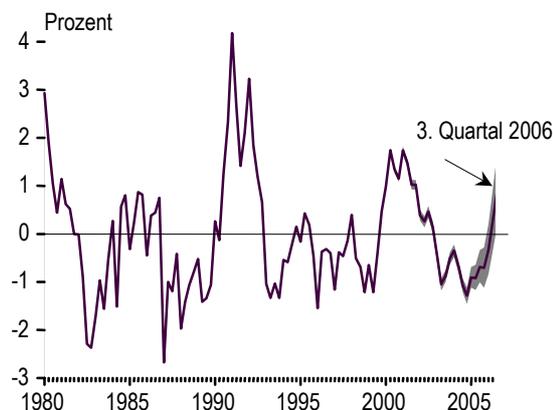
Abbildung 3:
Kapazitätsauslastungsgrad im verarbeitenden Gewerbe 1980–2006^a



^aWerte vor 1991 beziehen sich auf das frühere Bundesgebiet. — ^bMithilfe eines Hodrick-Prescott-Filters; Abweichung vom Mittelwert in Prozent.

Quelle: ifo (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Abbildung 4:
Gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung 1980–2006^a



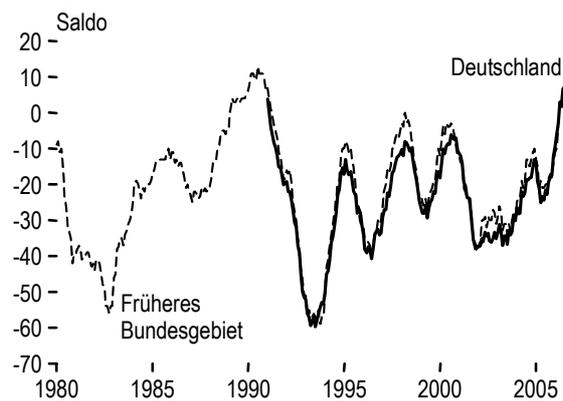
^aAbweichungen von der Normalauslastung, geschätzt mittels eines Hodrick-Prescott-Filters. Konfidenzbänder geben prognosebedingte Unsicherheit des Filters am Ende der Zeitreihe an und stellen das Konfidenzniveau von 95 Prozent dar. Dieses wurde mittels stochastischer Simulation ermittelt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Nach dem Muster vergangener Zyklen wäre in den kommenden Monaten ein spürbares Abflauen der konjunkturellen Dynamik und damit einhergehend ein Rückgang der Kapazitätsauslastung zu erwarten. Dagegen spricht allerdings, dass die Industrie in den vergangenen zwölf Monaten eine ungewöhnlich hohe Anzahl von

Großaufträgen bekommen hat, deren Bearbeitung sich typischerweise über einen längeren Zeitraum hinzieht; die Unternehmen schätzen ihren Auftragsbestand gegenwärtig ähnlich positiv ein wie zum Ende des Wiedervereinigungsbooms 1991 (Abbildung 5). Davon abgesehen ist mit Blick auf die zum Jahresbeginn 2007 in Kraft tretende Erhöhung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer in erheblichem Umfang mit vorgezogenen Käufen von dauerhaften Konsumgütern sowie Wohnungsbauinvestitionen zu rechnen. Aufgrund dieser Sondereffekte erwarten wir für das zweite Halbjahr 2006 ein gegenüber dem zweiten Quartal nur wenig verlangsamtes Expansionstempo.

Abbildung 5:
Auftragsbestand im verarbeitenden Gewerbe 1980–2006



Quelle: ifo (Ifd. Jgg.).

Kein Schub mehr von der Geldpolitik

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihren Kurs weiter gestrafft. Mit Wirkung zum 9. August hat sie den Mindestbietungssatz für Refinanzierungsgeschäfte im Euroraum auf 3,0 Prozent erhöht. Seit vergangenem Dezember sind die Leitzinsen im Euroraum damit um einen vollen Prozentpunkt gestiegen. Dreimonatsgeld verteuerte sich in etwa demselben Ausmaß; der Satz lag zuletzt bei 3,2 Prozent. Real dürfte er – legt man den Anstieg der

Verbraucherpreise ohne Energie zugrunde – mit knapp 2,5 Prozent ebenfalls etwa einen Prozentpunkt über seinem Niveau zu Beginn des Zinserhöhungszyklus liegen. Die Kapitalmarktzinsen, die von Januar bis April um reichlich einen halben Prozentpunkt angezogen hatten, liegen seither nahezu unverändert etwas unter 4 Prozent – wohl auch deshalb, weil die verstärkte Nachfrage nach Staatsanleihen nach dem Rückgang der Aktienkurse im Frühjahr einem konjunkturell bedingten weiteren Zinsanstieg entgegenwirkte. Real dürften die Kapitalmarktzinsen bei 2–2,5 Prozent liegen,³ etwa einen halben Prozentpunkt höher als im vergangenen Dezember. Die Kreditzinsen sind von Januar bis Juni, dem letzten Monat, für den Daten vorliegen, gestiegen. Gleichwohl hat sich die Expansion der Kredite an Unternehmen und Privatpersonen im ersten Halbjahr 2006 weiter beschleunigt. Angesichts der Stärke der konjunkturellen Erholung und des Preisauftriebs war der Anstieg mit 6,3 Prozent (laufende Jahresrate) allerdings vergleichsweise gering; offenbar sind die Unternehmen nach den Gewinnsteigerungen der vergangenen Jahre in der Lage, Investitionen zu einem Großteil aus Eigenmitteln zu finanzieren. Von den Börsen gingen zuletzt kaum veränderte Signale für die Unternehmensfinanzierung aus. Der DAX bewegt sich seit dem Frühjahr seitwärts; allerdings nimmt die Zahl der Börsengänge zu. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat in den vergangenen Monaten abgenommen. Der Indikator lag im Juli um reichlich 1 Prozent über seinem Niveau im ersten Quartal und damit etwa so hoch wie vor einem Jahr. Alles in allem haben sich die monetären Rahmenbedingungen damit in den vergangenen Monaten verschlechtert. Sie wirken gleichwohl immer noch anregend auf die Konjunktur in Deutschland.

³ Die Break-Even-Inflationsrate auf Basis der mit der Inflation im Euroraum indexierten und nichtinflationindexierten französischen Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit betrug im Juli 2,2 Prozent. Der Unterschied zwischen der Inflationsrate im Euroraum und der in Deutschland betrug im Durchschnitt über die vergangenen fünf Jahre 0,5 Prozentpunkte. Wir leiten daraus ab, dass die für Deutschland über die kommenden zehn Jahre erwartete Inflationsrate bei 1,7 Prozent liegt.

Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Herbst 2006

Tabelle 1:

Rahmendaten für die Konjunktur 2005, 2006 und 2007

	2005				2006				2007			
	I	II	III	IV	I	II ^a	III ^b	IV ^b	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b
Zinssatz für Dreimonatsgeld	2,1	2,1	2,1	2,3	2,6	2,9	3,3	3,7	3,8	3,8	3,6	3,6
Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	3,6	3,3	3,2	3,4	3,5	4,0	4,0	4,1	4,2	4,1	4,0	4,0
Tariflohnindex ^{c,d}	1,2	1,0	0,9	0,7	0,9	1,6	1,7	1,7	1,7	2,0	2,1	2,2
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,32	1,22	1,22	1,19	1,20	1,27	1,28	1,28	1,28	1,28	1,28	1,28
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ^e	99,0	97,8	97,1	96,5	96,1	97,3	98,9	99,6	99,3	99,4	99,2	98,7
Industrieproduktion im Ausland ^{f,g}	0,9	4,2	2,9	5,5	5,8	3,7	3,0	2,3	1,5	1,0	1,0	1,5
Rohölpreis ^h	47,6	51,6	61,6	56,9	61,9	69,8	75,0	72,0	70,0	70,0	70,0	70,0

^a Teilweise geschätzt. — ^b Prognose. — ^c Veränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — ^d Auf Stundenbasis. — ^e Gegenüber 49 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise, Index: 1999 I = 100. — ^f Veränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^g In 30 Ländern: 18 Industrieländer, 8 neue EU-Mitgliedsländer sowie Russland, China, Hongkong und Südkorea. — ^h US-Dollar pro Barrel Nordsee-Brent.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); IMF (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Im Prognosezeitraum wird sich das monetäre Umfeld voraussichtlich noch etwas eintrüben. Die EZB dürfte die Leitzinsen im Euroraum bis zum Ende des laufenden Jahres auf 3,5 Prozent anheben, Dreimonatsgeld dürfte dann zu einem Satz von etwa 3,8 Prozent zu haben sein (Tabelle 1), was unserer Einschätzung nach in etwa dem neutralen Zinsniveau für den Euroraum entspricht. Die Kapitalmarktzinsen dürften ebenfalls steigen, wenngleich nur geringfügig. Für den Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar ist ein Wert von 1,28 unterstellt.

Budgetdefizit des Staates deutlich unter der 3-Prozent-Marke

Das Budgetdefizit des Staates sinkt im Jahr 2006 kräftig. Dies ist überwiegend zyklisch bedingt. Der Aufschwung führt dazu, dass das Steueraufkommen stark zunimmt, und die Besserung der Arbeitsmarktlage trägt dazu bei, dass die Ausgaben des Staates nur wenig steigen. Doch auch das strukturelle Budgetdefizit des Staates nimmt ab. So ist die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst weiter rückläufig. Ferner werden die arbeitsmarktpolitisch

motivierten Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit und des Bundes per saldo gekürzt und Steuervergünstigungen reduziert. Zudem ist der Anstieg des Aufkommens der gewinnabhängigen Steuern (vor allem der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer) teilweise strukturell bedingt; so ist der Effekt einzelner Rechtsänderungen, mit denen das Aufkommen gesteigert werden soll, wohl größer als erwartet. Das Budgetdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2006 voraussichtlich 2,4 Prozent betragen (2005: 3,2 Prozent). Das strukturelle Defizit dürfte bei einer Kapazitätsauslastung, die im Jahresdurchschnitt über dem Normalniveau liegt, etwas größer sein.

Im Jahr 2007 wird das strukturelle Budgetdefizit des Staates deutlich abnehmen. So wird der Personalbestand im öffentlichen Dienst weiter – wenngleich wohl in geringerem Maße als im Jahr 2006 – reduziert. Vor allem aber werden die von der neuen Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen dazu führen, dass das Defizit abnimmt. Entscheidend sind dabei die Steuererhöhungen; die Belastung durch Sozialbeiträge sinkt dagegen, die Ausgaben des Staates werden wenig verändert (Boss et al. 2006b; Tabelle A1). Insgesamt rechnen wir damit, dass das strukturelle Budgetdefizit des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr

Konjunktureller Höhepunkt in Deutschland wird überschritten

2007 um 0,8 Prozentpunkte abnehmen wird. Das tatsächliche Budgetdefizit wird bei der erwarteten konjunkturellen Entwicklung wohl auf 1,9 Prozent zurückgehen (Tabelle 2). Der Schuldenstand in der Abgrenzung nach dem Vertrag von Maastricht wird abgeschwächt steigen; in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird er wohl geringfügig abnehmen (2006: 67,9 Prozent).

Tabelle 2:
Ausgaben, Einnahmen und Budgetsaldo des Staates 1998–2007^a (in Relation zum Bruttoinlandsprodukt)

	Ausgaben	Steuern ^b	Sozialbeiträge	Sonstige Einnahmen ^c	Budgetsaldo
1998	48,0	23,5	18,9	3,5	-2,2
1999	48,1	24,5	18,7	3,4	-1,5
2000	47,6 ^d	25,0	18,3	3,1	-1,2
2001	47,6	23,3	18,2	3,3	-2,8
2002	48,1	22,8	18,2	3,4	-3,7
2003	48,5	22,8	18,3	3,4	-4,0
2004	47,1	22,3	18,0	3,1	-3,7
2005	46,8	22,5	17,7	3,4	-3,2
2006 ^e	45,8	22,9	17,4	3,1	-2,4
2007 ^e	45,2	23,5	16,8	3,0	-1,9

^aAbgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — ^bEinschließlich der Erbschaftsteuer und der der Europäischen Union zustehenden Steuern. — ^cAusschließlich Erbschaftsteuer; nach Abzug der EU-Steuern. — ^dDie Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (2,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) sind nicht als negative Ausgaben berücksichtigt. — ^ePrognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen; eigene Prognose.

Innerhalb des Staatssektors werden die Mittel im Jahr 2007 kräftig umgeschichtet. Das Budgetdefizit des Bundes wird dadurch verringert, dass der Bund die Rentenversicherungsbeiträge, die er zugunsten der Empfänger des Arbeitslosengeldes II zahlt, halbiert. Dies trägt dazu bei, dass – bei einem Verzicht auf eine Rentenkürzung – der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung zu Beginn des Jahres 2007 um 0,4 Prozentpunkte erhöht werden muss. Der Zuschuss des Bundes an die gesetzliche Krankenversicherung wird von 4,2 Mrd. Euro im Jahr 2006 auf 1,7 Mrd. Euro im Jahr 2007 verringert. Dies hat zur Folge, dass die Einnahmen der Krankenversicherung im

Jahr 2007 – trotz einzelner Einsparmaßnahmen (z.B. bei den Arzneimittelkäufen) – nicht zur Finanzierung der Ausgaben ausreichen werden. Die Bundesregierung beabsichtigt zwar, das Gesundheitswesen zu reformieren, die Maßnahmen werden aber im Wesentlichen erst im Jahr 2008 in Kraft treten. Der durchschnittliche Beitragssatz in der Krankenversicherung wird im Jahr 2007 wohl um 0,4 Prozentpunkte auf 14,65 Prozent angehoben. Die Arbeitslosenversicherung wird im Jahr 2007 einen Zuschuss des Bundes in Höhe von 6,5 Mrd. Euro erhalten. Der Beitragssatz wird um 2 Prozentpunkte auf 4,5 Prozent gesenkt. Bei der erwarteten konjunkturellen Entwicklung wird die Bundesagentur für Arbeit, die im Jahr 2006 einen sehr hohen Überschuss erzielt, nur einen kleinen Teil ihrer Reserven benötigen, um ihre Ausgaben finanzieren zu können (Tabelle 3).

Tabelle 3:
Einnahmen und Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit 2005–2007 (Mrd. Euro)

	2005	2006 ^a	2007 ^a
Beiträge	46,99	51,20 ^b	34,00 ^c
Umlagen	1,44	1,00	1,05
Verwaltungskostenerstattung des Bundes	3,61	2,71	2,70
Sonstige Einnahmen	0,65	0,68	0,68
Einnahmen	52,69	55,59	38,43
Eingliederungstitel	3,56	2,20	1,80
Arbeitslosengeld	27,02	23,50	22,70
Kurzarbeitergeld, Transferkurzarbeitergeld	0,64	0,44	0,45
Umlagefinanzierte Ausgaben	1,45	1,07	1,15
Aussteuerungsbetrag	4,56	3,40	3,50
Verwaltungsausgaben	5,98	5,90	6,00
Sonstige Ausgaben	9,88	9,29	9,40
Ausgaben	53,09	45,80	45,00^d
Finanzierungssaldo	-0,40	9,79	-6,57
Zuschuss des Bundes	0,40	0,00	6,47
Finanzierungssaldo zuzüglich Bundeszuschuss	0,00	9,79	-0,10

^aPrognose. — ^bDavon 3,3 Mrd. Euro Extraeinnahmen infolge vorzeitiger Fälligkeit der Beiträge. — ^cBei einem Beitragssatz von 4,5 Prozent. — ^dBei gegebenem Leistungsrecht, insbesondere ohne zusätzliche Aufwendungen für die „Entgeltsicherung für ältere Arbeitslose“.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Amtliche Nachrichten* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen; eigene Prognose.

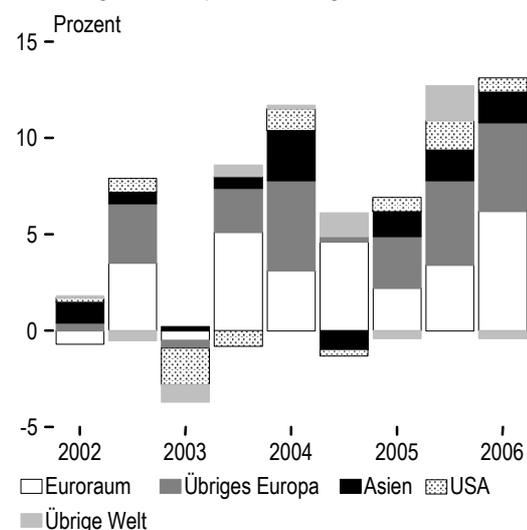
Angesichts der im Jahr 2006 bei der Bundesagentur für Arbeit entstehenden Rücklage von fast 10 Mrd. Euro sollte der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung zu Beginn des Jahres 2007 von 6,5 auf 3,5 statt auf 4,5 Prozent gesenkt werden. Dies bedeutete zusätzliche Mindereinnahmen in Höhe von 7,5 Mrd. Euro, die Rücklage wäre somit bei der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung am Jahresende 2007 nicht aufgezehrt. Wenn der Beitragssatz zu Jahresbeginn 2007 um 3 Prozentpunkte verringert würde, dann müsste er im Jahr 2008 nicht unbedingt erhöht werden, weil im Verlauf des Jahres 2008 eine Finanzierungslücke entstünde und die Rücklagen aufgezehrt wären. Zum einen ist im Jahr 2008 mit beträchtlichen Minderausgaben infolge der Verkürzung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld (auf im Regelfall zwölf Monate) zu rechnen. Zum anderen verlief die wirtschaftliche Entwicklung bei einer verstärkten Reduktion des Beitragssatzes schon im Jahr 2007 günstiger als sonst – mit positiven Effekten für die Finanzlage der Bundesagentur für Arbeit. Bei der Diskussion über die Höhe des Beitragssatzes ist im Übrigen zu bedenken, dass der Verzicht auf eine zusätzliche Beitragssatzsenkung nicht notwendigerweise bedeutet, dass die Neuverschuldung des Staates geringer als sonst ausfällt; vielmehr spricht vieles dafür, dass zusätzliche Ausgaben beschlossen würden.

Moderatere Zunahme der Ausfuhr

Die Zunahme der Exporte war nach dem stürmischen Anstieg im ersten Quartal 2006 im zweiten Vierteljahr mit einer laufenden Jahresrate von 2,7 Prozent relativ gering. Im aussagekräftigeren Halbjahresvergleich stieg die Ausfuhr in den ersten sechs Monaten mit einer laufenden Jahresrate von 12,2 Prozent und damit ähnlich rasch wie in der zweiten Hälfte des Vorjahres. Die Impulse im Warenhandel kamen dabei im Wesentlichen aus Europa, und zwar sowohl aus dem Euroraum als auch aus den

übrigen Ländern (Abbildung 6). Stimulierend dürften daneben – in begrenztem Umfang – die Beherbergungsausgaben ausländischer Besucher der Fußballweltmeisterschaft gewirkt haben, die in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Dienstleistungsexporte verbucht werden.

Abbildung 6:
Wertmäßige Warenexporte nach Regionen^a 2002–2006



^aHalbjahresdaten. Lundberg-Komponenten.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Für die zweite Jahreshälfte kündigt sich eine etwas ruhigere Gangart der Exporte an. Die Exporterwartungen im verarbeitenden Gewerbe haben ihren Höhepunkt überschritten und sind seit Mai klar rückläufig. Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland sind im zweiten Quartal sogar deutlich gefallen, wengleich die Grundtendenz wohl durch Sonderfaktoren unterzeichnet wird. Zudem hat der Euro aufgewertet. Gleichwohl erwarten wir keinen Einbruch der Ausfuhr im zweiten Halbjahr 2006, denn für die Prognose ist zu berücksichtigen, dass der starke Anstieg der Auftragseingänge in der Industrie seit Mitte vergangenen Jahres mit einer unüblich hohen Zahl von Großaufträgen aus dem Ausland einherging, deren Abarbeitung längere Zeit in Anspruch nehmen dürfte. Im kommenden Jahr wird die

Weltkonjunktur voraussichtlich weiter an Schwung verlieren. Einer nochmaligen Verlangsamung des Exportanstiegs wird jedoch die verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure durch die zu Jahresbeginn in Kraft tretende Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung um 0,6 Prozentpunkte entgegenstehen, zumal auch die Dämpfung durch die zurückliegende Aufwertung des Euro dann abgeklungen sein dürfte. Wir erwarten daher, dass die Ausfuhr in etwa ähnlichem Tempo expandieren wird wie in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres. Im Jahresdurchschnitt dürften die Exporte 2007 um 3,8 Prozent zulegen, nach 9,9 Prozent im Jahr 2006.

Die Expansion der Einfuhr hat sich im zweiten Quartal ebenfalls normalisiert. Im gesamten ersten Halbjahr nahmen die Importe mit einer laufenden Jahresrate von 12,3 Prozent ähnlich rasch zu wie die Exporte, deren Expansion neben dem Anziehen der Binnennachfrage für den spürbaren Einfuhranstieg bestimmend war. Im Prognosezeitraum dürfte sich die Zunahme der Importe abschwächen. Zum einen verläuft auch die Ausweitung der Ausfuhr in ruhigeren Bahnen, zum anderen verlangsamt sich der Anstieg der Binnennachfrage. Alles in allem dürften die Importe im laufenden Jahr um 9,8 Prozent steigen und im kommenden um 2,9 Prozent.

Die Importpreise sind in der ersten Hälfte des laufenden Jahres erneut merklich gestiegen. Abermals waren die anziehenden Preise für Energieprodukte und die Preissteigerungen bei nichtenergetischen Rohstoffen hauptsächlich dafür verantwortlich. Für den Prognosezeitraum unterstellen wir eine Rückkehr des Ölpreises zu der Marke von 70 US-Dollar bis zum Jahresende 2006 und ein Verharren bei dieser Marke im Folgejahr. Die Preise für nichtenergetische Rohstoffe dürften mit dem Abflachen der Weltkonjunktur in der Tendenz stagnieren. Unter diesen Annahmen werden die Importpreise im Prognosezeitraum leicht fallen, zumal zunächst auch von der zurückliegenden Aufwertung des Euro noch preisdämpfende Wirkungen ausgehen dürften. Die Exportpreise sind in der ersten Jahreshälfte 2006 ebenfalls spürbar gestiegen, wenn auch nicht ganz so stark wie die Importpreise. Angesichts der

boomenden Auslandsnachfrage konnten die Exporteure offenbar ihre Preisüberwälzungsspielräume ausweiten. Im Prognosezeitraum dürfte der internationale Wettbewerbsdruck den Preisanstieg in engeren Grenzen halten, zumal sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zuletzt verschlechtert hat und die Weltkonjunktur an Fahrt verliert. Im Jahr 2007 wird der Preisanstieg zudem durch die Verringerung der Beiträge zur Sozialversicherung gedämpft. Die Terms of Trade werden sich im Jahr 2006 deutlich verschlechtern und im Jahr 2007 etwa unverändert bleiben.

Investitionsaufschwung hält an ...

Die Binnenkonjunktur hat sich im zweiten Quartal 2006 weiter gefestigt. Während die privaten Konsumausgaben zurückgingen, expandierten die Anlageinvestitionen merklich, was allerdings nicht zuletzt mit dem Aufholen der witterungsbedingten Produktionsausfälle im ersten Quartal zu tun hatte. Die inländische Verwendung insgesamt erhöhte sich mit einer laufenden Jahresrate von 3,5 Prozent, nach 1,2 Prozent im ersten Quartal.

Im Wohnungsbau normalisierte sich das Produktionsniveau im vergangenen Quartal; das Niveau vom vierten Quartal 2005 wurde deutlich übertroffen. Aufträge, die nicht zuletzt aufgrund der Abschaffung der Eigenheimzulage erteilt worden waren, wurden nach der Schlechtwetterperiode zu Jahresbeginn verstärkt bearbeitet. Für die Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte ist die für den Jahresanfang 2007 beschlossene Erhöhung des Regelsatzes zur Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte wichtig. Wir rechnen in diesem Zusammenhang mit Vorzieheffekten bei den Wohnungsbauinvestitionen in Höhe von reichlich 1 Mrd. Euro. Außerdem dürften die Wohnungsbauinvestitionen von der rascheren Expansion der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte profitieren. Davon abgesehen kommen Impulse durch Modernisierungsinvestitionen zur Wärmedämmung, die aufgrund des Energiepreis-

anstiegs rentabel werden, zumal sie zum Teil durch verbilligte Kredite der KfW Bankengruppe gefördert werden. Im kommenden Jahr dürfte der Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen merklich an Fahrt verlieren. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden langsamer expandieren, und Finanzierungen werden aufgrund des höheren Zinsniveaus teurer. Hinzu kommt, dass die in das Jahr 2006 vorgezogenen Investitionen dann fehlen werden.

Sehr deutlich wurden im zweiten Vierteljahr die gewerblichen Bauinvestitionen ausgeweitet. Trotz des drastischen Einbruchs im ersten Quartal ergab sich auch hier gegenüber dem vierten Quartal 2005 ein Plus. Vor dem Hintergrund des kräftigen gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstiegs und der zunehmenden Auslastung der Produktionskapazitäten werden nun bei den gewerblichen Bauten Erweiterungsinvestitionen vorgenommen. Da die Kapazitätsauslastung vorerst hoch bleiben wird, dürften die gewerblichen Bauinvestitionen im weiteren Jahresverlauf weiter zunehmen, zumal die Unternehmen versuchen dürften, das niedrige Zinsniveau zu nutzen. Darauf deutet auch der Anstieg der Auftragseingänge im Nichtwohnungsbau im zweiten Quartal hin. Im kommenden Jahr dürften die gewerblichen Bauinvestitionen mit den höheren Zinsen und der insgesamt langsameren Gangart der Konjunktur weniger schwungvoll zunehmen.

Die Bauinvestitionen des Staates haben auch im ersten Halbjahr 2006 abgenommen, ihr Rückgang hat sich aber verlangsamt. Im Prognosezeitraum werden die öffentlichen Bauinvestitionen wohl etwas zunehmen. Dafür spricht insbesondere die kräftige Verbesserung der Finanzlage des Staates infolge der raschen Zunahme des Steueraufkommens; dabei hat sich die Finanzsituation der Gemeinden, des wichtigsten öffentlichen Investors, besonders stark gebessert.⁴ Zudem wird der Bund seine Investitionen im Rahmen des so genannten 25 Mrd. Euro-Sofortprogramms ausweiten.

⁴ Die gesamten Steuereinnahmen der Gemeinden überstiegen im ersten Halbjahr 2006 ihr Niveau im ersten Halbjahr 2005 um rund 11 Prozent.

Insgesamt werden die Bauinvestitionen im Jahr 2006 voraussichtlich um 2,8 Prozent steigen. Sieht man von einer (schwachen) Zunahme im Jahr 1999 ab, so wäre dies der erste kräftige Anstieg seit 1994. Im Jahr 2007 dürfte sich die Baukonjunktur allerdings bereits wieder abschwächen. Aufgrund des hohen Niveaus zum Ende des Vorjahres dürften die Bauinvestitionen dann allerdings immer noch um 1,8 Prozent zulegen (Tabelle 4).

Tabelle 4:
Reale Anlageinvestitionen 2004–2007 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

	2004	2005	2006 ^a	2007 ^a
Anlageinvestitionen	-0,4	0,8	4,7	3,0
Unternehmensinvestitionen	2,0	4,1	6,0	4,4
Ausrüstungen	4,2	6,1	6,9	4,5
Sonstige Anlagen	1,2	4,7	4,7	5,0
Wirtschaftsbau	-3,0	-1,8	4,0	3,9
Wohnungsbau	-2,9	-4,0	2,6	0,5
Öffentlicher Bau	-9,2	-5,9	1,1	1,0
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	-3,8	-3,6	2,8	1,8

^aPrognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Die Ausrüstungsinvestitionen sind in der ersten Jahreshälfte mit einer laufenden Jahresrate von 8,2 Prozent gestiegen. Bestimmend dürfte dabei mehr und mehr das Erweiterungsmotiv gewesen sein, nachdem die Auslastung der Produktionskapazitäten in den Unternehmen zuletzt deutlich zugenommen hat und die Absatzerwartungen positiv waren. Hinzu kamen die stimulierenden Wirkungen des immer noch niedrigen Zinsniveaus und die hohen Eigenmittel der Unternehmen infolge der hohen Gewinne der zurückliegenden Jahre. Im weiteren Verlauf des Jahres dürften die Ausrüstungsinvestitionen weiter rasch zulegen. Der Auftragseingang im Investitionsgütergewerbe aus dem Inland hat sich im Frühjahr erneut erhöht und die Geschäftserwartungen sind weiterhin sehr gut, wenn auch nicht mehr so überschäumend wie im Frühjahr. Erst im kommenden Jahr dürfte sich der Investitionsauf-

schwung abflachen. Unter dem Eindruck höherer Zinsen und eingetrübter Absatzerwartungen aufgrund der nachlassenden weltwirtschaftlichen Dynamik werden die Ausrüstungsinvestitionen dann voraussichtlich nur noch moderat ausgeweitet werden. Einer ausgeprägten Verlangsamung steht allerdings die für das Jahr 2008 beabsichtigte Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen entgegen, die insbesondere in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres zu vorgezogenen Investitionsgüterkäufen führen dürfte. Für den Durchschnitt des Jahres 2007 erwarten wir eine Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen um 4,5 Prozent, nach 6,9 Prozent im Jahr 2006.

... privater Konsum belebt sich nur vorübergehend

Die privaten Konsumausgaben sind in der ersten Hälfte des laufenden Jahres mit einer laufenden Jahresrate von 1,1 Prozent und damit deutlich rascher als in den vergangenen drei Jahren ausgeweitet worden. Erstmals seit geraumer Zeit schränken die privaten Haushalte dabei ihre Sparquote etwas ein. Dies könnte ein Anzeichen dafür sein, dass sie ihre Einkommensperspektiven mittlerweile etwas günstiger einschätzen als zuvor. Für den weiteren Jahresverlauf rechnen wir mit einem spürbaren Anziehen der privaten Konsumausgaben. Um die Belastungen durch die Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer ab Januar 2007 zu vermindern, werden die privaten Haushalte Käufe von dauerhaften Konsumgütern in das zweite Halbjahr 2006 vorziehen. Wir unterstellen für die vorgezogenen Käufe ein Volumen von reichlich 2 Mrd. Euro. Im Jahresdurchschnitt werden die privaten Konsumausgaben im Jahr 2006 voraussichtlich um 1,0 Prozent über ihrem Niveau im Vorjahr liegen. Die Sparquote dürfte infolge des Vorzieheffekts um 0,2 Prozentpunkte auf 10,4 Prozent sinken.

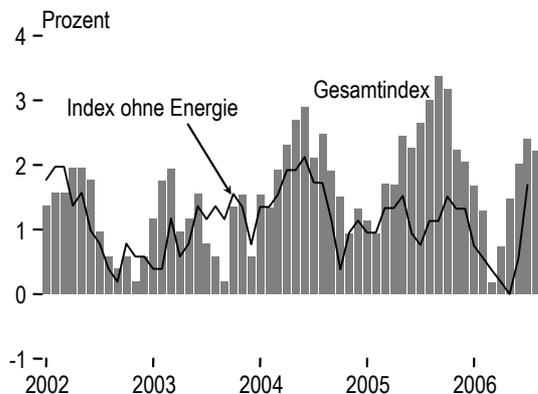
Im Jahr 2007 dürften die Bruttolöhne und -gehälter etwas rascher steigen als im laufenden Jahr. Netto fällt die Beschleunigung voraus-

sichtlich noch stärker aus. Zwar werden die Arbeitnehmerbeiträge zur Rentenversicherung und zur gesetzlichen Krankenversicherung wohl um jeweils 0,2 Prozentpunkte angehoben. Dem steht jedoch die Entlastung durch die Verringerung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um einen Prozentpunkt gegenüber. Außerdem steigen die monetären Sozialleistungen im Zuge der Umstellung vom Erziehungsgeld auf das Elterngeld. Dämpfend auf die Zunahme des verfügbaren Einkommens wirkt sich dagegen aus, dass der Sparerfreibetrag halbiert wird, dass die Entfernungspauschale verringert wird und dass die Eigenheimzulage gestrichen wurde. Alles in allem werden die verfügbaren Einkommen bei einer deutlich langsameren Expansion der Selbständigeneinkommen mit 2,3 Prozent ähnlich stark zulegen wie im Vorjahr. Real ergibt sich allerdings, nicht zuletzt aufgrund der Anhebung der Mehrwertsteuer sowie infolge der abermals gestiegenen Energiepreise, nur ein Anstieg um 0,2 Prozent. Unter Berücksichtigung einer wieder steigenden Sparquote infolge der Zurückhaltung der Konsumenten beim Erwerb dauerhafter Konsumgüter – insbesondere in der ersten Hälfte des Jahres – werden die privaten Konsumausgaben im Jahr 2007 stagnieren.

Weiterhin deutlicher Anstieg der Verbraucherpreise

Der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe, der um den Jahreswechsel zum Stillstand gekommen war, hat sich wieder deutlich verstärkt (Abbildung 7). Die wesentliche Rolle spielten dabei wiederum Teuerungsimpulse aus dem Ausland, vor allem der abermalige Anstieg des Weltmarktpreises für Rohöl, der zwar durch die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar etwas abgemildert wurde, sich gleichwohl aber in einem erneuten Anziehen der Kraftstoff- und Heizölpreise äußerte. Die Inflationsrate betrug im August 1,7 Prozent; ohne Energie gerechnet dürfte sie deutlich niedriger gewesen sein (Juli: 1,2 Prozent).

Abbildung 7:
Verbraucherpreisanstieg^{a,b} 2002–2006



^aSaisonbereinigt. — ^bVeränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Für den Prognosezeitraum ist unterstellt, dass es nicht zu weiteren nennenswerten Teuerungsimpulsen aus dem Ausland kommen wird. Der Ölpreis wird unseren Annahmen zufolge zum Jahresende wieder bei 70 US-Dollar liegen und im Jahr 2007 auf diesem Niveau verbleiben, für den Dollar ist ein Wechselkurs von 1,28 gegenüber dem Euro unterstellt. Bestimmend für den Preisauftrieb ist unter diesen Rahmenbedingungen die für den Beginn des Jahres 2007 beschlossene Erhöhung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte, die unseren Schätzungen zufolge bei gleichzeitiger Verringerung der Beiträge zur Sozialversicherung um 1,2 Prozentpunkte das Verbraucherpreisniveau um $\frac{3}{4}$ Prozent erhöhen dürfte.⁵ Hinzu kommen noch 0,1 Prozent aufgrund der gleichzeitigen Anhebung der Versicherungssteuer. Die Preiserhöhung wird allerdings wohl nicht erst im Januar 2007 einsetzen, sondern dürfte bereits im Gang sein und möglicherweise einen Teil des im Sommer verstärkten Preisauftriebs erklären, zumal sich die Preisüberwälzungsspielräume aufgrund der guten Konjunktur ausgeweitet haben. Gleichwohl dürfte es in den ersten Monaten nach dem Jahreswechsel 2006/2007 zu Preisschüben kommen. Im wei-

⁵ Für Details der Schätzungen vgl. Boss et al. (2006b).

teren Verlauf des Jahres 2007 wird sich der Preisauftrieb zudem wegen der langsameren Gangart der Konjunktur abflachen. Alles in allem erwarten wir für 2007 ein Anziehen der Lebenshaltungskosten um 2,3 Prozent, nach 1,8 Prozent im laufenden Jahr.

Konjunkturelle Erholung am Arbeitsmarkt

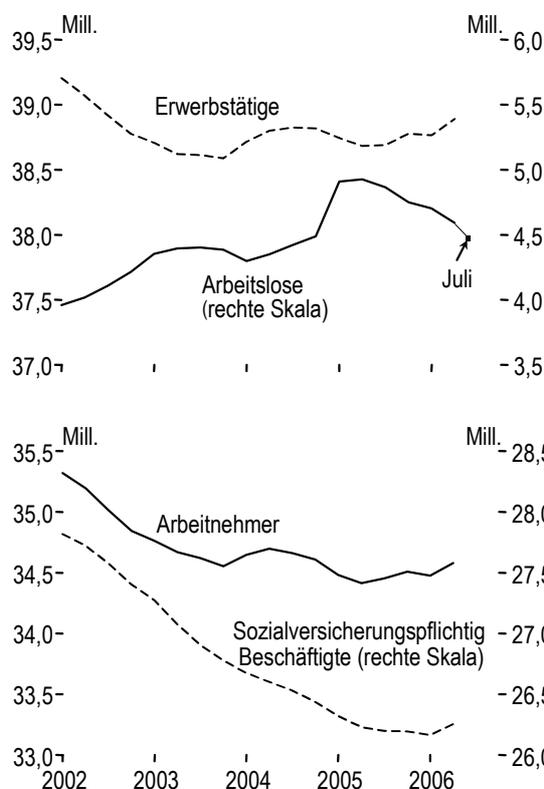
Der konjunkturelle Aufschwung macht sich auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist in den vergangenen Monaten stark zurückgegangen (Abbildung 8). Die Arbeitslosenquote betrug im Juli 10,6 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Quote um reichlich einen Prozentpunkt; dieser Rückgang ist allerdings zum Teil auf die verschärften Anspruchsvoraussetzungen seitens der Arbeitsagenturen zurückzuführen.⁶ Parallel dazu hat sich die Erwerbstätigkeit weiter deutlich erhöht,⁷ wobei im zweiten Quartal zum ersten Mal seit zwei Jahren auch die nicht geförderte Erwerbstätigkeit und dabei insbesondere die nicht geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung deutlich gestiegen ist (Abbildung 9). Die Zunahme der Zahl der offenen Stellen sowie die Abnahme der Zahl der Kurzarbeiter deuten ebenfalls auf einen konjunkturellen Aufschwung am Arbeitsmarkt hin. Insbesondere bedingt durch die Zunahme der Erwerbstätigkeit hat das geleistete Arbeitsvolumen im zweiten Quartal wieder spürbar zugenommen (Abbildung 10).

⁶ Ein Teil der Arbeitslosen dürfte daraufhin die Arbeitslosenmeldung nicht erneuert haben. Darauf deutet die seit Jahresbeginn zunehmende Zahl derjenigen Abgänge aus Arbeitslosigkeit hin, die nicht auf die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder Ausbildung zurückzuführen sind.

⁷ Nach den alten Zahlen nahm die Erwerbstätigkeit erst zu Beginn des zweiten Quartals 2006 zu. Den revidierten Daten zufolge ergibt sich schon seit August 2005 ein günstigerer Verlauf, insbesondere ist der Anstieg in den vergangenen Monaten stärker ausgefallen.

Konjunktureller Höhepunkt in Deutschland wird überschritten

Abbildung 8:
Arbeitsmarkt in Deutschland^a 2002–2006

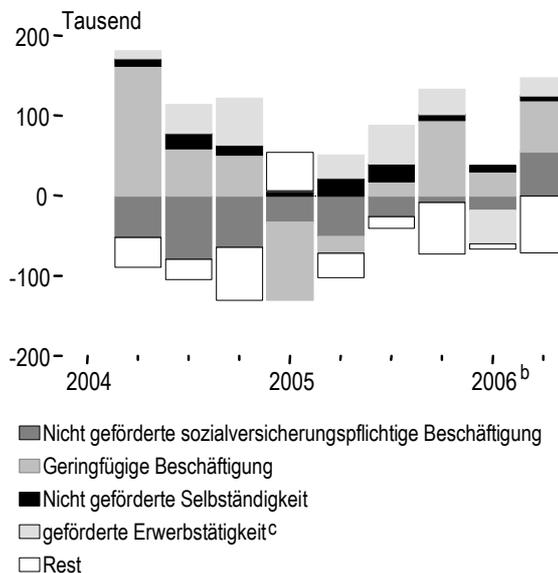


^aSaisonbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3: Inlandsproduktberechnung – Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (lfd. Jgg.).

Der gesamtwirtschaftliche Tariflohnanstieg wird im Jahr 2006 stärker ausfallen als im Vorjahr, er bleibt aber noch vergleichsweise moderat; darauf deuten die bisher abgeschlossenen Tarifverträge hin. Im Bankgewerbe wurden eine Einmalzahlung für die Monate Juni – August sowie eine lineare Anhebung um 3,0 Prozent zum 1. September 2006 und um 1,5 Prozent zum 1. Dezember 2007 vereinbart. Auch in der Metall- und Elektroindustrie erfolgt nach einer Einmalzahlung ein Lohnanstieg um 3,0 Prozent, allerdings ist der Tarifvertrag nur bis zum 31. März 2007 gültig. Während diese Bereiche noch deutliche Tariflohnzuwächse verzeichnen, liegt der Anstieg in anderen bedeutenden Wirtschaftszweigen in diesem Jahr unter 1 Prozent. Im Einzelhandel steigen die

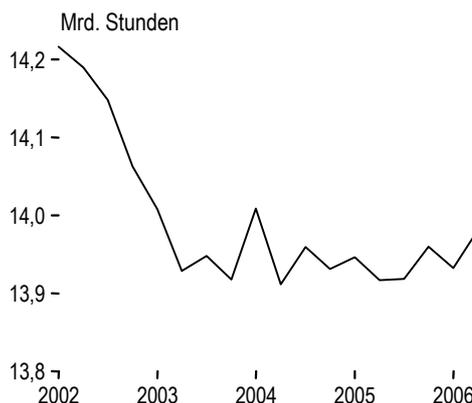
Abbildung 9:
Veränderung der Erwerbstätigkeit^a 2004–2006



^aVeränderung gegenüber dem Vorquartal. — ^bZweites Quartal: ohne Juni. — ^cZur geförderten Erwerbstätigkeit zählen insbesondere Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Strukturanpassungsmaßnahmen, Arbeitsgelegenheiten („Ein-Euro-Jobs“), der Existenzgründungszuschuss („Ich-AG“) sowie Überbrückungs- und Einstiegsgeld.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Arbeitsmarkt in Zahlen* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Abbildung 10:
Arbeitsvolumen^a 2002–2006



^aGeleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen, arbeitstäglich- und saisonbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Inlandsproduktberechnung – Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse* (lfd. Jgg.).

Tariflöhne nach einer Einmalzahlung ab dem 1. September um 1,0 Prozent; im öffentlichen Dienst bleiben die Tariflöhne annähernd unverändert. Für die Gesamtwirtschaft veranschlagen wir die Zunahme der tariflichen Stundenlöhne in diesem Jahr auf 1,5 Prozent. Der Anstieg der Effektivlöhne wird leicht schwächer ausfallen; zwar werden die Unternehmen kaum noch übertarifliche Leistungen abbauen, allerdings dürfte sich die vergleichsweise starke Zunahme der geringfügigen Beschäftigung im Jahresdurchschnitt dämpfend auf den Anstieg der Effektivlöhne auswirken. Angesichts eines Anstiegs des Deflators des Bruttoinlandsprodukts um 0,5 Prozent wird der Produzentenreallohn in diesem Jahr erstmals seit 2003 wieder steigen, wenn auch voraussichtlich um nur 0,5 Prozent. Einem weiteren Anziehen der Beschäftigung steht von der Lohnseite nichts entgegen. Im nächsten Jahr dürften die Tariflöhne leicht beschleunigt steigen. Mehrere Tarifverträge, insbesondere in der Metall- und Elektroindustrie sowie im Einzelhandel, laufen im ersten Halbjahr 2007 aus. Vor dem Hintergrund der sich dann abzeichnenden Preiseffekte der Mehrwertsteuererhöhung sowie der zurückliegenden Beschäftigungszunahme dürfte es zu einem deutlichen Anstieg der Tariflöhne kommen. Für die Gesamtwirtschaft rechnen wir mit einer Zunahme der tariflichen Stundenlöhne um reichlich 2 Prozent. Die Effektivlöhne dürften in annähernd gleichem Maße steigen, zum einen weil nur noch ein geringer Anteil des Beschäftigungszuwachses auf die geringfügige Beschäftigung entfällt, zum anderen weil übertarifliche Leistungen kaum noch gekürzt, zum Teil sogar wieder ausgeweitet werden dürften.⁸ Gedämpft wird der Anstieg der Lohnkosten durch die Verringerung der Arbeitgeberbeiträge

zur Sozialversicherung. Vor dem Hintergrund eines stärkeren Preisanstiegs ergibt sich ein Rückgang des Produzentenreallohns. Insgesamt dürfte von dieser Seite weiter eine positive Wirkung auf die Beschäftigung ausgehen.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird die Erwerbstätigkeit zunächst beschleunigt ausgeweitet. Vor allem die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung dürfte rascher zunehmen, während die Dynamik bei der geringfügigen Beschäftigung, die im Frühsommer wohl durch die Fußballweltmeisterschaft stimuliert worden war, abflachen dürfte. Die Zahl der „Ein-Euro-Jobs“ wird wieder steigen, wenn auch nicht mehr so stark wie im Jahr 2005, da sich inzwischen die Aussichten, eine abhängige Beschäftigung zu finden, verbessert haben. Vor diesem Hintergrund wird sich die Zahl der Selbständigen weiterhin nur schwach erhöhen. Auch dürfte sich der seit Jahresanfang zu beobachtende leichte Rückgang der geförderten Selbständigkeit fortsetzen; seit dem 1. August ersetzt der „Gründungszuschuss“ die bisherigen Instrumente Existenzgründungszuschuss („Ich-AG“) und Überbrückungsgeld (BMAS 2006a). Da die Ausgestaltung restriktiver ist als die des Existenzgründungszuschusses – dieser ist quantitativ von größerer Bedeutung als das Überbrückungsgeld –, dürfte die Zahl der geförderten Personen leicht zurückgehen. Das Arbeitsvolumen wird – bedingt durch den Anstieg der Erwerbstätigkeit – in diesem Jahr spürbar zunehmen. Die Zahl der Arbeitslosen wird weiter deutlich zurückgehen. Im nächsten Jahr wird sich der Anstieg der Erwerbstätigkeit, gefördert durch die moderate Lohnentwicklung, zwar fortsetzen; allerdings wird sich die schwächer werdende Konjunktur – vor allem in der zweiten Jahreshälfte – dämpfend auswirken; dies betrifft insbesondere die Zunahme der abhängigen Beschäftigung. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte weiter sinken, allerdings in deutlich geringerem Umfang als im Jahr 2006 (Tabelle 5).

⁸ Des weiteren dürfte die geplante Ausweitung des Geltungsbereichs des Arbeitnehmerentendegesetzes zu einer Erhöhung der Effektivlöhne beitragen. Bisher verpflichtet das Gesetz im Ausland ansässige Arbeitgeber u.a. der Baubranche, ihren in Deutschland tätigen Arbeitnehmern den tariflichen Mindestlohn zu zahlen. Nach einem Beschluss der Bundesregierung soll auch das Gebäudereinigerhandwerk in diese Regelung einbezogen werden (BMAS 2006b). Die Ausweitung auf weitere Branchen, wie z.B. die Zeitarbeitsbranche, wird gegenwärtig diskutiert.

Konjunktureller Höhepunkt in Deutschland wird überschritten

Table 5:
Arbeitsmarkt 2004–2007 (1 000 Personen)

	2004	2005	2006 ^a	2007 ^a
Deutschland				
Erwerbstätige (Inland)	38 875	38 823	39 082	39 403
Selbständige ^b	4 222	4 356	4 380	4 424
Davon gefördert ^c	243	322	303	325
Arbeitnehmer (Inland)	34 653	34 467	34 702	34 979
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^d	26 560	26 236	26 321	26 531
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte ^d	4 742	4 771	5 000	5 113
Pendlersaldo	83	97	69	68
Erwerbstätige (Inländer)	38 792	38 726	39 014	39 335
Arbeitnehmer (Inländer)	34 570	34 370	34 633	34 911
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Stunden)	56 038	55 804	56 184	56 399
Registrierte Arbeitslose	4 381	4 861	4 510	4 260
Arbeitslosenquote (Prozent)	10,5	11,7	10,7	10,0
Erwerbslosenquote ^e	9,5	9,5	8,2	7,6
Westdeutschland (ohne Berlin)				
Erwerbstätige (Inland)	31 674 ^f	31 662 ^f	31 906	32 167
Registrierte Arbeitslose	2 783	3 247	3 012	2 846
Arbeitslosenquote (Prozent)	8,5	9,9	9,2	8,7
Ostdeutschland (einschl. Berlin)				
Erwerbstätige (Inland)	7 194 ^f	7 121 ^f	7 176	7 236
Registrierte Arbeitslose	1 599	1 614	1 497	1 415
Arbeitslosenquote (Prozent)	18,4	18,7	17,6	16,6

^aPrognose. — ^bEinschließlich mithelfender Familienangehöriger. — ^cExistenzgründungszuschuss („Ich-AG“), Überbrückungsgeld, (ab 1. August 2006) Gründungszuschuss sowie Einstiegsgeld. — ^dBerechnet als Durchschnitt der Monatswerte. — ^eStandardisierte Arbeitslosenquote nach dem ILO-Konzept. — ^fDie Anpassung der Erwerbstätigenzahlen für Ost- und Westdeutschland an die revidierten Erwerbstätigenzahlen steht noch aus.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Amtliche Nachrichten* (lfd. Jgg.); Bundesagentur für Arbeit, *Arbeitsmarkt in Zahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 (lfd. Jgg.); Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2006); eigene Schätzungen und Prognosen.

Ausblick: Vor einer deutlichen Abschwächung der Konjunktur

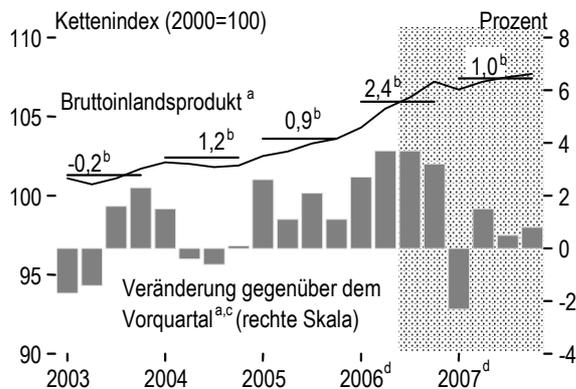
Der Konjunkturaufschwung wird sich in der zweiten Hälfte dieses Jahres fortsetzen, und die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung wird nochmals zunehmen. Dabei wird die Inlandsnachfrage weiterhin kräftig steigen. Treibende Kraft bleiben die Ausrüstungsinvestitionen. Angeregt wird die Nachfrage aber auch durch vorgezogene Käufe von Wohnbauten und langlebigen Konsumgütern. Dieser Vorzieheffekt bewirkt, dass die Zuwachsrates des realen Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr um 0,2 Prozentpunkte höher ausfällt, als es sonst der Fall wäre. Die Exporte werden voraussichtlich

nicht mehr so rasch ausgeweitet wie in der ersten Hälfte dieses Jahres, da sich das konjunkturelle Expansionstempo bei den Handelspartnern etwas verringert und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gesunken ist. Für den Jahresdurchschnitt 2006 erwarten wir einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,4 Prozent (Abbildung 11). Unserer Modellrechnung zufolge wird die Rate im Jahr 2006 mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zwischen 2,1 und 2,7 Prozent (Abbildung 12) liegen.⁹ Der Zuwachs ist um 0,3 Prozentpunkte höher als bei

⁹ Das Konfidenzband ist geringfügig größer, wenn man die historischen Prognosefehler zugrunde legt. Vgl. die Analyse von Prognosefehlern bei Boss et al. (2006a: 55–56).

Abbildung 11:

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2003–2007

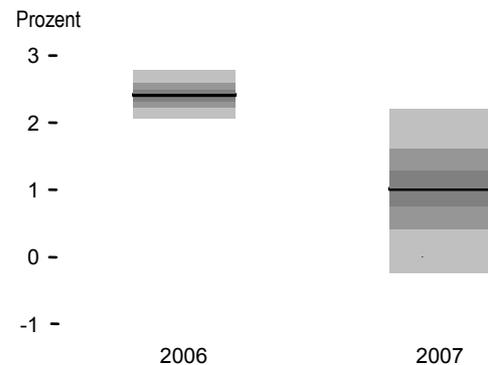


^aArbeitstäglich- und saisonbereinigt. — ^bVeränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — ^cAuf Jahresrate hochgerechnet. — ^dAb 2006 III: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (Ifd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (Ifd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Abbildung 12:

Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts^a 2006 und 2007



^aPrognostizierter Anstieg (Linie) und Prognoseintervalle (grau hinterlegte Flächen) bei Irrtumswahrscheinlichkeiten von 33, 66 und 95 Prozent.

Quelle: Eigene Berechnungen.

unserer Prognose im Juni (Boss et al. 2006a). Maßgeblich für die Änderung ist, dass nach der Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für den Jahresbeginn ein etwas höheres Niveau des realen Bruttoinlandsprodukts ausgewiesen wird als zuvor.

Die Zahl der Arbeitslosen dürfte gegenüber dem Vorjahr um rund 350 000 auf nunmehr 4,51 Mill. Personen zurückgehen. Die Verbraucherpreise steigen in diesem Jahr um voraus-

sichtlich 1,8 Prozent. Das staatliche Budgetdefizit wird in diesem Jahr deutlich sinken; die Defizitquote wird mit voraussichtlich 2,4 Prozent erstmals seit dem Jahr 2001 unter der 3-Prozent-Marke liegen.

Für das kommende Jahr rechnen wir nach wie vor damit, dass sich die Konjunktur deutlich abschwächt. Die Impulse aus dem Ausland lassen spürbar nach, da die Weltkonjunktur an Schwung verliert (Gern et al. 2006). Außerdem wird die EZB die Leitzinsen bis zum Jahresende 2006 weiter anheben, so dass die Konjunktur durch die Geldpolitik im kommenden Jahr nicht mehr angeregt wird. Dabei unterstellen wir eine etwas stärkere Straffung als bei unserer Prognose im Juni. Entscheidend für die konjunkturelle Verlangsamung ist jedoch die restriktive Finanzpolitik. So wirkt die Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte nach unserem Urteil eindeutig konjunktureldämpfend. Zwar könnte der negative Effekt grundsätzlich durch eine gleichzeitige Senkung der Lohnnebenkosten kompensiert werden. Die Abnahme der Sozialversicherungsbeiträge beläuft sich per saldo aber wahrscheinlich nur auf 1,2 Prozentpunkte. Sie ist damit sogar um 0,2 Prozentpunkte geringer als bisher von uns unterstellt.

Gegen die These, dass die Mehrwertsteuererhöhung die Konjunktur spürbar beeinträchtigt, wird eingewendet, der Aufschwung habe inzwischen so viel Eigendynamik entwickelt, dass er durch diese restriktive Maßnahme nicht nennenswert gebremst wird. Tatsächlich ist aber auf Basis der historischen Erfahrung damit zu rechnen, dass die Eigendynamik 2007 nicht mehr so groß sein wird (vgl. Abschnitt „Am Höhepunkt des Zyklus“), die Kapazitätsauslastung wäre selbst ohne die fiskalischen Belastungen wohl rückläufig. Darüber hinaus hat sich die deutsche Wirtschaft in den vergangenen Jahren immer wieder als sehr anfällig erwiesen, wenn Schocks eintraten. Zwar haben sich die fundamentalen Bedingungen insofern verbessert, als die Unternehmen erhebliche Konsolidierungsfortschritte gemacht haben; doch sind sie deshalb nicht immun gegen eine Erhöhung der Abgabenlast. Die Unternehmen werden nämlich durch die Mehrwertsteueranhebung einerseits

und die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge andererseits per saldo belastet, und zwar letztlich um 1,8 Prozentpunkte.^{10,11}

Darüber, wie stark die Konjunktur durch dieses Maßnahmenpaket gedämpft wird, besteht eine gewisse Unsicherheit. Sie rührt auch daher, dass es diese Kombination von Maßnahmen in der Vergangenheit nicht gegeben hat. Entsprechend kommt man auf Basis verschiedener Modelle durchaus zu unterschiedlichen Ergebnissen. Nach unseren Modellrechnungen wird das reale Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr um rund 0,4 Prozent niedriger sein, als es sonst der Fall wäre. Dafür sprechen mehrere Gründe. Die Beschäftigung wird wegen der Verteuerung des Faktors Arbeit gedämpft, und das Preisniveau für Konsumgüter erhöht sich sprunghaft; in der Folge wird der private Konsum langsamer zunehmen. Zudem werden die Gewinne geschmälert, da sich die Kostenerhöhung nicht vollständig überwälzen lässt; deshalb steigen die Investitionen langsamer.

Für die jahresdurchschnittliche Zuwachsrates des realen Bruttoinlandsprodukts der Jahre 2006 und 2007 ist weiter bedeutsam, dass es einen Vorzieheffekt gibt; wir veranschlagen ihn auf rund 0,2 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Er führt dazu, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal weiter kräftig steigt und im ersten Quartal 2007 sinkt (Tabelle 6). Rein arithmetisch betrachtet fällt die Zuwachsrates des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2007 deshalb um 0,4 Prozentpunkte niedriger aus als im Jahr 2006.¹² Alles in allem ergibt sich aus diesen Überlegungen, dass der Anstieg des realen Bruttoinlandspro-

dukts allein infolge des Maßnahmenpakets um 0,8 Prozentpunkte niedriger sein wird als im Jahr 2006.

Die Unsicherheit hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Wirkungen des Maßnahmenpakets resultiert zum Teil auch aus der Unsicherheit hinsichtlich des Preiseffekts, der sich daraus ergibt. Nach unseren Modellrechnungen werden die höheren Kosten zum Teil überwältigt, so dass die Inflationsrate im kommenden Jahr höher ausfällt, als es sonst der Fall wäre; die Verbraucherpreise steigen zusätzlich um $\frac{3}{4}$ Prozent.¹³ Dabei ist zu vermuten, dass ein großer Teil der Güter zu Beginn des Jahres 2007 teurer wird; dies ist auch der wesentliche Grund, weshalb mit Vorzieheffekten zu rechnen ist. Aber auch in der Zeit davor dürften einige Preise angehoben werden, zumal die konjunkturelle Situation dies zulässt.

Im weiteren Verlauf des kommenden Jahres werden die Konsumausgaben wieder leicht anziehen, da sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt vorerst noch – wenn auch nur wenig – verbessern wird und die Realeinkommen dadurch erhöht werden, dass sich die Inflationsrate wegen der sich stabilisierenden Energiepreise zurückbildet. Im Jahresdurchschnitt dürften die privaten Konsumausgaben jedoch nicht höher sein als in diesem Jahr. Dazu trägt auch bei, dass sich die Einkommenserwartungen nicht verbessern. Nach wie vor müssen die privaten Haushalte mit höheren Abgaben in der Zukunft rechnen.¹⁴ Die Unternehmensinvestitionen wer-

¹⁰ Die Belastungen durch Mehrwertsteuer und Sozialversicherungsbeiträge sind vergleichbar, weil die Basis der Mehrwertsteuer annähernd der Lohnsumme entspricht und eine Anhebung der Mehrwertsteuer damit fast so wirkt wie eine entsprechende Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge (Boss et al. 2005: 312–317).

¹¹ Werden die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung gesenkt, dürften die Bruttolöhne über den Lohnfindungsprozess mittelfristig sinken.

¹² Sollte der Vorzieheffekt größer sein, wäre eine entsprechend geringere Zuwachsrates für das Jahr 2007 zu erwarten.

¹³ Die Unsicherheit bei den Modellschätzungen rührt nicht zuletzt daher, dass die Variation der Mehrwertsteuersätze im Zeitablauf nicht sehr groß ist. In den vergangenen Jahren hat es Beispiele gegeben, bei denen eine Änderung des Mehrwertsteuersatzes keinen nennenswerten Effekt hatte; hin und wieder war der Effekt aber sehr groß. Da der Regelsatz im kommenden Jahr so stark angehoben wird wie nie zuvor, halten wir es für wenig wahrscheinlich, dass keine Preiseffekte eintreten. Vgl. Boss et al. (2006b: 25–26).

¹⁴ Das strukturelle Budgetdefizit, das im Jahr 2007 rund 45 Mrd. Euro betragen dürfte, muss abgebaut werden, und dies soll vorwiegend über die Einnahmenseite geschehen. Daneben müssen die Zuschüsse des Bundes in den geplanten „Gesundheitsfonds“ finanziert werden; dies wird wohl ebenfalls zu höheren Steuern führen.

Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Herbst 2006

Tabelle 6:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2005, 2006 und 2007^a

	2005				2006				2007			
	I	II	III	IV	I	II ^b	III ^b	IV ^b	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b
Bruttoinlandsprodukt	2,6	1,1	2,1	1,1	2,7	3,7	3,7	3,2	-2,3	1,5	0,5	0,8
Private Konsumausgaben	-1,7	0,2	2,4	-3,0	4,4	-1,4	2,8	3,8	-5,6	1,8	0,5	0,5
Konsumausgaben des Staates	3,0	5,0	-0,3	-2,3	6,3	-0,7	-0,2	1,1	-0,3	1,4	0,8	0,8
Ausrüstungsinvestitionen	13,4	3,2	7,1	3,1	9,6	10,4	8,4	7,0	4,0	2,0	2,5	5,0
Bauinvestitionen	-10,7	-3,4	8,4	7,3	-11,1	19,6	8,2	5,1	-8,5	3,4	1,1	0,3
Sonstige Anlagen	1,7	11,6	7,0	2,1	-0,7	6,7	8,6	7,2	4,0	2,5	2,5	4,0
Vorratsveränderungen ^c	-0,5	1,9	-2,4	2,9	-2,2	1,7	-0,4	0,4	-0,4	-0,4	-0,5	-0,3
Inländische Verwendung	-1,1	3,1	0,3	1,7	1,2	3,5	2,7	4,4	-4,6	1,6	0,3	0,6
Ausfuhr	5,8	7,9	17,5	4,8	21,3	2,7	8,0	1,0	5,0	4,0	4,0	4,0
Einfuhr	-4,2	15,3	14,6	7,0	19,5	2,1	6,0	3,5	0,0	4,5	4,0	4,0
Außenbeitrag ^c	3,6	-2,1	1,8	-0,5	1,7	0,3	1,1	-0,8	2,2	0,2	0,4	0,4
Beschäftigte Arbeitnehmer im Inland ^d	34 483	34 414	34 454	34 507	34 476	34 580	34 812	34 938	34 968	34 993	34 988	34 973
Arbeitslose ^d	4 909	4 926	4 865	4 748	4 703	4 590	4 409	4 337	4 292	4 262	4 249	4 239

^aKettenindizes. Saison- und arbeitstäglich bereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^bPrognose. — ^cLundberg-Komponente. — ^d1 000 Personen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (Iff. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

den weiter spürbar zunehmen, allerdings in geringerem Tempo als im laufenden Jahr. Zwar ist im Rahmen der für 2008 geplanten Unternehmensteuerreform eine geringe Entlastung zu erwarten; aber die Absatzaussichten trüben sich im Inland wie im Ausland leicht ein. Stützend wirkt, dass die günstigen Abschreibungserleichterungen gegen Jahresende auslaufen; von daher lohnt es sich, Investitionsprojekte vorzuziehen. Die Ausfuhren dürften weniger stark ausgeweitet werden als im laufenden Jahr, denn die weltwirtschaftliche Expansion verliert an Fahrt; dies gilt auch für den übrigen Euroraum.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Verlauf des Jahres 2007 langsamer zunehmen als das Produktionspotential, dessen Wachstumsrate wir auf 1 ¼ Prozent veranschlagen. Für den Durchschnitt des Jahres ergibt sich ein Anstieg um 1,0 Prozent (Tabelle 7). Bei einer Prognose im Herbst für das jeweils kommende Jahr ist die Unsicherheit erfahrungsgemäß sehr groß: Mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit wird die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2007 zwischen -0,2 und +2,2 Prozent liegen. Die

Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich in der ersten Jahreshälfte noch leicht bessern, danach dürfte die Arbeitslosigkeit aber kaum noch zurückgehen. Für den Jahresdurchschnitt erwarten wir gegenüber 2006 eine Abnahme um rund 250 000 auf 4,26 Mill. Personen. Der Preisauftrieb dürfte sich vor dem Hintergrund der schwächeren Konjunktur tendenziell zurückbilden. Wegen des Preisschubs im Zusammenhang mit der Anhebung der Mehrwertsteuer wird sich der Preisanstieg gegenüber 2006 aber erhöhen; die Rate dürfte sich im Jahresdurchschnitt auf 2,3 Prozent belaufen.

Wie die Konjunktur verlief, wenn die Mehrwertsteuer im kommenden Jahr nicht erhöht würde, hängt von vielen Faktoren ab. So ist vor allem zu berücksichtigen, dass andere finanzpolitische Maßnahmen notwendig wären, um das strukturelle Budgetdefizit wie angestrebt deutlich zurückzuführen. Beispielsweise könnten Finanzhilfen und Steuervergünstigungen drastisch reduziert werden, um das gesetzte Budgetziel zu erreichen. Es wäre im Hinblick auf das Potentialwachstum besser gewesen, diesen Weg zu gehen; dies zeigen nicht zuletzt internationale Erfahrungen mit der Politik der

Konjunktureller Höhepunkt in Deutschland wird überschritten

Tabelle 7:
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2004–2007

	2005	2004	2005	2006 ^a	2007 ^a
	Mrd. Euro	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		1,2	0,9	2,4	1,0
Private Konsumausgaben		0,1	0,1	1,0	0,0
Konsumausgaben des Staates		-1,3	0,6	1,3	0,5
Anlageinvestitionen		-0,4	0,8	4,7	3,0
Ausrüstungsinvestitionen		4,2	6,1	6,9	4,5
Bauinvestitionen		-3,8	-3,6	2,8	1,8
Sonstige Anlagen		1,2	4,7	4,7	5,0
Vorratsveränderung ^b		0,3	0,1	0,2	-0,2
Inländische Verwendung		0,0	0,5	1,9	0,4
Ausfuhr		9,6	6,9	9,9	3,8
Einfuhr		6,9	6,5	9,8	2,9
Außenbeitrag ^b		1,2	0,5	0,6	0,6
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2 241,0	2,1	1,5	2,9	2,9
Private Konsumausgaben	1 321,1	1,7	1,4	2,6	2,1
Konsumausgaben des Staates	419,6	-0,5	1,1	1,9	2,0
Anlageinvestitionen	386,9	-0,1	0,7	5,0	3,4
Ausrüstungsinvestitionen	159,4	3,1	5,0	6,1	4,2
Bauinvestitionen	207,9	-2,5	-2,7	4,5	2,8
Sonstige Anlagen	25,2	1,5	2,1	3,5	3,5
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)	-2,6	-6,1	-2,6	-6,2	-2,9
Inländische Verwendung	2 125,0	1,0	1,4	2,8	2,5
Ausfuhr	912,3	9,5	8,1	12,5	4,2
Einfuhr	796,3	7,0	8,6	13,5	3,4
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	116,0	110,9	116,0	122,3	134,9
Bruttonationaleinkommen	2 251,6	3,0	1,9	2,7	2,9
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		0,9	0,6	0,5	1,9
Private Konsumausgaben		1,6	1,3	1,6	2,1
Konsumausgaben des Staates		0,8	0,5	0,6	1,5
Ausrüstungsinvestitionen		-1,1	-1,1	-0,7	-0,2
Bauinvestitionen		1,4	0,9	1,6	1,0
Sonstige Anlagen		0,3	-2,5	-1,1	-1,4
Ausfuhr		-0,1	1,1	2,4	0,4
Einfuhr		0,1	1,9	3,4	0,5
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		1,6	2,0	1,8	2,3
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen		3,4	1,5	3,3	2,0
Arbeitnehmerentgelte		0,5	-0,7	1,7	1,8
in Prozent des Volkseinkommens		68,9	67,4	66,4	66,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen		10,4	6,2	6,5	2,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte		1,7	1,7	2,3	2,3
Sparquote		10,4	10,6	10,4	10,6
Lohnstückkosten, real ^c		-1,3	-1,7	-1,2	-1,1
Produktivität ^d		0,7	1,3	1,7	0,6
Arbeitslose (1 000)		4 381	4 861	4 510	4 260
Arbeitslosenquote (Prozent)		10,5	11,7	10,7	10,0
Erwerbstätige ^e (1 000)		38 875	38 823	39 082	39 403
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		-82,5	-72,6	-54,9	-44,1
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt		-3,7	-3,2	-2,4	-1,9
Schuldenstand ^f		65,7	67,9	67,9	67,2

^aPrognose. — ^bLundberg-Komponente. — ^cArbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. — ^dBruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je geleisteter Erwerbstätigenstunde. — ^eInlandskonzept. — ^fIn Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Haushaltskonsolidierung.¹⁵ Es mag sein, dass massive Einschnitte bei unproduktiven Ausgaben des Staates die Konjunktur im kommenden Jahr ebenfalls beeinträchtigt hätten. Doch wäre der Effekt vermutlich dadurch gemildert worden, dass sich die mittelfristigen Aussichten für die deutsche Wirtschaft verbessert hätten. Entsprechend könnte der Erwartungseffekt zu einer Stabilisierung des Ausgabeverhaltens beigetragen. Die Erhöhung der Abgaben ist der schlechtere Weg, um die Haushaltslöcher zu schließen. Vor allem wegen der wiederholten Ankündigungen, dass der Staat nicht ausreichend sparen werde und dass die Einnahmen erhöht werden müssten, bleiben die Einkommens- und Ertragsaussichten der privaten Haushalte und Unternehmen gedrückt. Auch dies trägt dazu bei, dass der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im kommenden Jahr gering ist.

Die Bundesregierung könnte den Anstieg der fiskalischen Belastung im Jahr 2007 aber durchaus noch korrigieren. Der Überschuss der Bundesagentur für Arbeit erlaubte es, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung über die vorgesehenen zwei Punkte hinaus um einen weiteren Punkt zu senken. Kommt es nicht dazu, könnte dies ebenfalls als Signal verstanden werden, dass man in der Zukunft bei den Staatsausgaben nur wenig sparen will.

¹⁵ Vgl. den Überblick in EZB (2006).

Konjunktureller Höhepunkt in Deutschland wird überschritten

Tabelle A1:

Auswirkungen der finanzpolitischen Maßnahmen der neuen Bundesregierung auf den Budgetsaldo des Staates^a 2006 und 2007 (Mill. Euro)

	2006	2007
Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer (von 16 auf 19 Prozent)	.	24 400
Erhöhung der Versicherungsteuer (von 16 auf 19 Prozent)	.	1 700
Erhöhung des Spitzensatzes der Einkommensteuer (auf 45 Prozent ab zu versteuernden Einkommen ^b von 250 000 Euro/500 000 Euro für Ledige/Verheiratete)	.	130
Einschränkung der Möglichkeiten, die Einkommensteuerschuld durch die Beteiligung an bestimmten Fonds (durch Verlustverrechnung) zu mindern	550	1 620
Abschaffung der Eigenheimzulage	223	1 488
Reduktion des Sparerfreibetrags	.	630
Erhöhte Absetzbarkeit von Ausgaben für Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen in Haushalten, für Pflegeleistungen und für die Kinderbetreuung	-510	-1 680
Kürzung der Entfernungspauschale	.	1 265
Reduktion der Bergmannsprämie	.	11
Änderung der Regelung für die steuerliche Behandlung der Arbeitszimmer	.	90
Sonstige Änderungen (u.a. Freibetrag für Heirats- und Geburtsbeihilfen, Freibetrag für Abfindungen, Abschaffung der degressiven Abschreibung im Mietwohnungsbau)	35	630
Zulassung erhöhter Abschreibungsmöglichkeiten	-1 070	-3 725
Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen	260	630
Reduktion der Erbschaftsteuer bei Unternehmensfortführung	.	-300
Abschaffung der Mineralölsteuerbefreiung für Biokraftstoffe etc.	.	1 200
Änderung der so genannten Ist-Besteuerung bei der Umsatzsteuer	-1 230	-250
Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft	.	-290
Stärkung der privaten Altersvorsorge durch Begünstigung des Erwerbs und der Nutzung von Wohnungen	.	-100
Verstärkte Familienförderung (einkommensabhängiges Elterngeld)	.	-1 400
Verringerung der Personalausgaben und der Zahlungen für Pensionen des Bundes	511	511
Erhöhung der Ausgaben des Bundes für Forschung und Entwicklung	-500	-1 000
Ausweitung der Verkehrsinvestitionen des Bundes	-500	-1 000
Aufstockung des CO ₂ -Gebäudesanierungsprogramms	-100	-150
Reduktion des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung (von 6,5 auf 4,5 Prozent)	.	-14 800
Anhebung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung (von 19,5 auf 19,9 Prozent)	.	3 000 ^c
Anhebung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung (von 14,25 auf 14,65 Prozent)	.	2 900 ^d
Belastung der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit durch Sozialversicherungsbeiträge	300	300
Anhebung der Pauschalabgabe bei geringfügiger Beschäftigung im gewerblichen Bereich von 25 auf 30 Prozent und der Belastung der „Midi-Jobs“	300	600
Änderung der Regelung des Arbeitslosengeldes II (u.a. Anhebung der Leistungen im Osten auf Westniveau, Verschärfung der Voraussetzungen für den Leistungsbezug)	-100	200
Änderung der arbeitsmarktpolitisch motivierten Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit und des Bundes	1 400	1 500
Regulierung der Arzneimittelpreise	400	730
Mehrausgaben der sozialen Pflegeversicherung („Dynamisierung“)	.	-200
Mehrausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (infolge der Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Änderung der Beitragssätze)	.	-200
Insgesamt	-31	18 440
Staatsinterne Transaktionen (Transfers innerhalb des Staatssektors)		
Reduktion der Rentenversicherungsbeiträge für Empfänger des Arbeitslosengeldes II infolge der Verringerung der Bemessungsgrundlage (40 statt 78 Euro je Monat)	.	2 000
Verringerung der Krankenversicherungsbeiträge für Empfänger des Arbeitslosengeldes II	90	180
Reduktion des Zuschusses des Bundes an die gesetzliche Krankenversicherung	.	2 700
Reduktion des Zuschusses an die gesetzliche Rentenversicherung	170	340
Zuschuss des Bundes an die Arbeitslosenversicherung	.	6 470
Kürzung der Finanzhilfen (Regionalisierungsmittel für den öffentlichen Personennahverkehr)	106	556

. Nicht verfügbar.

^aRechnerische Auswirkungen; Anpassungen der Privaten an die Neuregelungen sind nicht berücksichtigt. — ^bGilt nicht für gewerbliche Einkünfte. —

^cNach Abzug der Mehrausgaben (des Bundes und der Bundesagentur für Arbeit) für die Beiträge bestimmter Empfänger sozialer Leistungen (z.B. der Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II). — ^dNach Abzug der Mehrausgaben des Staates (z.B. der gesetzlichen Rentenversicherung) für Empfänger sozialer Leistungen.

Quelle: Verschiedene Gesetzentwürfe; verschiedene Pressemeldungen; eigene Berechnungen und Schätzungen.

Literatur

- Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2006). Via Internet (28. August 2006) <http://www.statistik-bw.de/Arbeitskreis_VGR/tab16.asp>.
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) (2006a). Pressemitteilung vom 1. August. Via Internet (22. August 2006) <<http://www.bmas.bund.de/BMAS/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=147370.html>>.
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) (2006b). Pressemitteilung vom 23. August 2006. Via Internet (28. August 2006) <<http://www.bmas.bund.de/BMAS/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=151514.html>>.
- Boss, A., N. Jannsen, C.-P. Meier, F. Oskamp und J. Scheide (2005). Exportlastige Konjunkturerholung in Deutschland. *Die Weltwirtschaft* (3): 288–320.
- Boss, A., J. Dovern, C.-P. Meier, F. Oskamp und J. Scheide (2006a). Kräftiger, aber nur kurzer Aufschwung in Deutschland. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Frühjahr 2006*. Kieler Diskussionsbeiträge, 424/425. IfW, Kiel.
- Boss, A., C.-P. Meier, F. Oskamp und J. Scheide (2006b). Aufschwung in Deutschland gewinnt zunächst noch an Fahrt. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2006*. Kieler Diskussionsbeiträge, 428/429. IfW, Kiel.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Amtliche Nachrichten*. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigung in Deutschland – Monatszahlen*. Nürnberg.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.
- Gern, K.-J., F. Oskamp, B. Sander und J. Scheide (2006). Boom in der Weltwirtschaft geht zu Ende. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Herbst 2006*. Kieler Diskussionsbeiträge, 430/431. IfW, Kiel.
- EZB (Europäische Zentralbank) (2006) Die Bedeutung von Reformen der Staatsausgaben für Wirtschaftswachstum und Stabilität. *Monatsbericht* (4): 67–81.
- EZB (Europäische Zentralbank) (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- ifo (ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.) (lfd. Jgg.). *ifo-Konjunkturperspektiven*. München.
- IMF (International Monetary Fund) (lfd. Jgg.). *International Financial Statistics*. Washington, D.C.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Inlandsproduktberechnung – Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse nach Census X-12-ARIMA und BV4.1*. Wiesbaden.